bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

GELEBTE DEMOKRATIE – vorwärts – BESUCH BEI KOSCHNICKS

EIN GESPRÄCH MIT CHRISTINE UND HANS KOSCHNICK *Von Matthias Koch*

Herzlichen Glückwunsch, die Sozialdemokratie wird 150 Jahre alt. Aber wird die Idee dahinter überhaupt noch gelebt? Unter dem Dach eines Flachdachbungalows in der Gartenstadt Vahr jedenfalls stellt sich diese Frage nicht. Ein Hausbesuch bei Hans und Christine Koschnick.

„Meine Mutter hat nach den Erfahrungen ihrer Verfolgung im Nationalsozialismus gesagt: Hans, lass' ja die Finger von den Parteien. Aber man weiß ja wie das ist, mit guten Ratschlägen der Alten", sagt Hans Koschnick. 1950 ist er dennoch eingetreten: „Ich bin vier Jahre länger mit der SPD zusammen als mit meiner Frau. Aber vor dem Parteieintritt habe ich länger gezögert, als vor dem ‚Ja' am Traualter", sagt der heute 84-Jährige – und bevor er weitersprechen kann, liefert seine Frau Christine – ebenfalls SPD-Mitglied seit über 60 Jahren – die Erklärung dafür: „Kein Wunder, du warst eben schon immer ein Linksabweichler und hast dich davor gefürchtet, in der Partei auf Linie gebracht zu werden."

Der eine Satz genügt – und schon bricht zwischen beiden eine lebhafte Diskussion los, bei der die Positionen der katholischen Kirche zur Arbeiterfrage (Christine ist katholisch, Hans Protestant) genauso Streitgegenstand ist, wie die von August Bebel aufgeworfene Frauenfrage oder die aktuelle Politik der Partei. Die Argumente fliegen, gewürzt mit kleinen liebevollen Sticheleien, hin und her.

„Das ist Alltag bei uns – so geht das mit ihm schon morgens los", sagt Christine Koschnick lächelnd und entschuldigt sich für eine Weile: „Er mag ja viel und klug reden können, aber für die Dinge, die

Fortsetzung auf Seite 2

150 JAHRE

Am 23. Mai 1863 begann in Leipzig mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle die Geschichte der SPD. In Bremen wurde der ADAV ein knappes Jahr später, am 6. April 1884, durch den Tischler Gustav Deckwitz gegründet.

FOTOQUELLEN: FOTO CARSTEN SIELING REIHE 1, BILD 1 V.L.: SPD; FOTO AUGUST HAGEDORN REIHE 1, BILD 3 V.L.: BREMISCHE BÜRGERSCHAFT; FOTO ANNEMARIE MEVISSEN REIHE 3, BILD 2 V.L.: HANNA TAUBE, LIS ZENTRUM FÜR MEDIEN, BREMEN; FOTO WILHELM KAISEN REIHE 4, BILD 4 V.L.: SENATSKANZLEI BREMEN; FOTO FRIEDRICH EBERT REIHE 2, BILD GANZ R.: ADSD/FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG; FOTO ANNA STIEGLER REIHE 4, BILD GANZ R.: KARL EDMUND SCHMIDT; ALLE ANDEREN: SPD BREMEN

FOTO: MATTHIAS KOCH

DIE KOSCHNICKS

Christine und Hans Koschnick sind seit 1954 verheiratet. Sie ist seit 1952 SPD-Mitglied, er seit 1950. Zusammen haben die beiden mehr als ein halbes Jahrhundert sozialdemokratische Geschichte in Bremen und darüber hinaus gestaltet und begleitet. Hans Koschnick war von November 1967 bis September 1985 Bürgermeister der Stadt Bremen und Präsident des Senats. Von 1987 bis 1994 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und danach als EU-Beauftragter für Mostar in Bosnien-Herzegowina und später als Berater der Europäischen Kommission für den Aufbau eines Europäischen Freiwilligendienstes tätig.

Fortsetzung von Seite 1

ansonsten noch zum Leben gehören, ist er nicht zu gebrauchen. In diesem Punkt herrscht Einigkeit: „Ich hätt's gern anders – aber ohne meine Frau wäre ich was lebenspraktische Dinge angeht, tatsächlich verloren", sagt Hans. Zumindest aber bleibt so Zeit für ein paar Fragen an den Mann, der seit seiner Zeit als Bremer Bürgermeister sowie seinen darauffolgenden Ämtern als Bundestagsabgeordneter, EU-Administrator in Mostar und EU-Berater nicht nur an der Weser als eine Art Personifizierung der Sozialdemokratie gilt.

150 Jahre Sozialdemokratie – für dich ein Grund zu feiern?
Hans Koschnick: Auf jeden Fall! Aber wir müssen uns bei all dem Feiern klar sein: Letztlich darf es nicht um die Organisationsentscheidungen gehen, sondern um politische Auseinandersetzungen.

... und die fehlen Dir heute in der Partei?
Ja und nein. Auch heute wird um Wege zum Ziel gerungen. Aber dabei darf die Parteiorganisation eben nur ein Hilfsmittel und kein Prinzip sein. „Wenn wir jetzt nicht zustimmen, ist die SPD über Jahrzehnte weg vom Fenster" – hieß es beispielsweise vor dem Mitgliederentscheid zur Koalitionsfrage in Berlin. Darüber habe ich mich geärgert. Einerseits, weil ich meine, dass unsere Vorstellungen von einer fairen Gesellschaft mit denen der CDU nur selten zusammengehen. Andererseits, weil es vorrangig nicht darum gehen darf, ob etwas nun gut oder schlecht für die Partei als Organisation ist. Unsere Politikinhalte müssen viel mehr im Mittelpunkt stehen!

Wo siehst Du dabei Herausforderungen für die SPD?
Ich selbst bin von der Gewerkschaftsseite aus zur SPD gekommen: „Zusammenhalten, bloß nicht wieder trennen lassen!" Das war für uns Gewerkschafter und Sozialdemokraten damals das Motto. Leider haben wir dieses „Zusammen" später nicht ausreichend gepflegt. Davon will ich mich selbst gar nicht ausnehmen. Umso sicherer bin ich deshalb, dass wir gerade in sozialpolitischen Fragen wieder zu einem viel engeren Schulterschluss kommen müssen.

... aber haben die Gewerkschaften nicht genauso an Bedeutung verloren, wie die SPD über die vergangenen Jahrzehnte an Mitgliedern und Wählerstimmen?
Keine Frage: Als wir Sozialdemokraten in Bremen 1967 von rund 55 Prozent auf 46 Prozent bei der Bürgerschaftswahl abgestürzt sind, war das für uns ein echtes Desaster. Heute wäre ein derartiges Ergebnis ein sensationeller Erfolg. Tatsächlich ist unsere Basis kleiner geworden – das hängt einerseits mit gesellschaftlichen Veränderungen, andererseits aber auch damit zusammen, dass wir zwar etwas für Benachteiligte tun wollen – dabei aber häufig verdrängen, auch mit ihnen darüber zu reden.

Was meinst Du damit?
Ein Problem ist die zunehmende Individualisierung in unserer Gesellschaft. Das führt dazu, dass das wofür wir stehen, nämlich Solidarität, an grundsätzlicher Bedeutung verliert. Private Renten- und Krankenversicherungen, private Kindergärten und private Schulen: Auch wir Sozialdemokraten haben – lange überdeckt durch gute Wahlergebnisse – zugelassen, dass viele Menschen heute eher den eigenen, als den gemeinsamen Weg suchen. Eine Kernfrage ist daher, wie wir die Prinzipien der Solidarität in der Gesellschaft wieder aktivieren können.

... und zweitens?
... müssen wir die Betroffenen mehr einbeziehen. Vom Schreibtisch aus werden wir die Leute, auch wenn wir segensreiche politische Entscheidungen für sie zu treffen beabsichtigen, nicht gewinnen. Wo sind wir bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben? Wo stellen wir uns den Bürgerinnen und Bürgern, für die wir Politik machen, zur Diskussion? Wir müssen besser erklären, was wir warum anstreben – und das ohne dabei die Erwartung zu hegen, dass alle gleich in unserer Partei das Heil sehen.

Das heißt, die Partei sollte sich mehr öffnen?
... und ich weiß aus schmerzhafter eigener Erfahrung, dass das nicht einfach ist. In meiner ersten Regierungserklärung als Bürgermeister habe ich betont: „Wir müssen mit denen, die unzufrieden sind, reden und uns nicht einfach auf die Staatsmacht verlassen." Keine zwei Monate später kam es anders: Junge Leute besetzten die Straßenbahngleise und wir haben doch gleich die Polizei eingesetzt. Wir hätten stattdessen mit ihnen diskutieren und streiten müssen. Das würde ich mir auch heute innerparteilich mehr wünschen: Statt stets darauf bedacht zu sein, ein möglichst gleichförmiges Bild nach außen abzugeben. Wir haben uns damals als junge Sozialdemokraten immer wieder und manchmal auch völlig ungerechtfertigt an den Spitzen der Partei gerieben. Das war nicht immer förderlich für die Partei als Apparat, aber für das Ansehen der Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit und es hat zudem auch Spaß gemacht.

Sozialdemokratie muss also Spaß machen?
(Koschnick lächelnd) Nicht immer – aber auch. Und diesen Spaß habe ich auch heute noch, wenn ich hier auf meinem Sessel sitze, wohlwissend, dass der eine oder andere sagt – „Guck an, der Alte nun wieder" – er vertritt auch meine Ansichten. Auf jeden Fall aber bin ich mir sicher: Auch nach 150 Jahren ist die „Alte Tante" keineswegs am Ende. Die sozialdemokratischen Ideen bleiben auf dem Weg für eine gerechtere Gesellschaft wichtig. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39 – 43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, André Städler (V.i.S.d.P.), Wachtstraße 27/29, 28195 Bremen

KOMMUNAL-AKADEMIE

Zum 43. Mal veranstaltet der SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit der Bundes-SGK das Nachwuchsförderprojekt „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie". An insgesamt vier Wochenenden (10. – 12. Oktober, 24. – 26. Oktober, 7. – 11. November und vom 21. – 23. November 2014) findet in Springe, bei Hannover, der 43. Kurs mit dem Thema „Zukunft für die lokale Demokratie" statt. Inhaltliche Schwerpunkte werden die Handlungsfelder und das Selbstverständnis ehrenamtlicher Kommunalpolitik, der Umgang mit Herausforderungen auf kommunaler Ebene, die strategische Entwicklung und Zukunftsarbeit sowie die soziale Gerechtigkeit und der Zusammenhalt in der Kommune sein. Gesucht werden 30 junge Frauen und 30 junge Männer mit Leidenschaft und Tatkraft für die sozialdemokratische Idee. Interessierte müssen mindestens 20 Jahre alt sein und über eine abgeschlossene Schulbildung bzw. eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Auch sollten die Bewerberinnen und Bewerber bereits Erfahrungen in der Partei- oder politischen Kommunalarbeit besitzen.

Die Bewerbungsfrist beim Landesverband ist der 15. Juni 2014, Bewerbungen bitte via Post an das Büro der SPD-Landesorganisation Bremen, Landesgeschäftsführer Roland Pahl, Obernstr. 39 – 43, 28195 Bremen oder via E-Mail an info-bremen@spd.de ■

Korruptionsbekämpfung intensivieren

SPD startet Initiative zur Einführung eines länderübergreifenden Korruptionsregisters

Schätzungen zufolge entstehen durch Korruption in Deutschland jährlich Schäden in Höhe von über 250 Millionen Euro. Der jüngst erschienene Bericht der Europäischen Kommission über die Korruptionsbekämpfung in der EU zeigt, dass für die effektive Bekämpfung auch in Deutschland noch mehr getan werden muss. „Um einen fairen Wettbewerb gewährleisten zu können, dürfen wir bei der Korruptionsbekämpfung nicht nachlassen. In Bremen haben wir mit dem Korruptionsregistergesetz 2011 bereits einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht", so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe. „Jetzt wollen wir es vor dem Hintergrund der bislang gemachten Erfahrungen weiterentwickeln", begründet der sozialdemokratische Fraktionschef die geplante Gesetzesänderung.

In das Korruptionsregister werden natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften eingetragen, die sich als unzuverlässig im Sinne des Gesetzes erwiesen haben. Neben klassischen Korruptionsdelikten werden in dem Register unter anderem auch Schwarzarbeit und Verstöße wie etwa illegale Beschäftigung von ausländischen Leiharbeitnehmern festgehalten. Es bietet den Vergabestellen Informationen darüber, ob Firmen, die beauftragt werden sollen, bereits an anderer Stelle auffällig geworden sind, und hilft so, "schwarze Schafe" von der Vergabe auszuschließen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert deshalb seit langem, dass öffentliche Aufträge nur an zuverlässige und gesetzestreue Unternehmen vergeben werden dürften, und mahnt die Einrichtung eines bundesweiten Korruptionsregisters an. Und auch der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) unterstützt "im Interesse seiner rechtstreu handelnden Unternehmen, die ohne Wettbewerbsverzerrungen um öffentliche Aufträge mitbieten wollen", grundsätzlich die Einrichtung eines Korruptionsregisters. „Leider ist das wünschenswerte bundesdeutsche Zentralregister immer wieder am Widerstand der CDU im Bund gescheitert. Dabei liegen die Vorteile klar auf der Hand: Wer in dem Register landet, bekommt erstmal keine öffentlichen Aufträge mehr. Dabei ist der sanktionierende Charakter des Ausschlusses von öffentlichen Ausschreibungen ausschlaggebend für eine wirkungsvolle Korruptionsprävention. Um die Effektivität des Bremer Registers nun noch zu steigern, muss geprüft werden, inwieweit Synergien durch eine länderübergreifende Vernetzung genutzt werden können."

Ein entsprechendes Register soll deshalb in Zukunft als gemeinsame automatisierte Datei zusammen mit anderen Ländern geführt werden, sofern die Bestimmungen dieser Länder dies zulassen. Zur Einrichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registers ist mit den anderen Ländern zudem ein Verwaltungsabkommen zu schließen, das u.a. die relevanten Datenschutz- und Kostenfragen regelt. „Ich bin davon überzeugt, dass auch andere Bundesländer ein hohes Interesse an einer wirksamen und gemeinsamen Korruptionsbekämpfung haben. So haben bspw. im vergangenen Jahr auch Hamburg und Schleswig-Holstein ein gemeinsames Register eingeführt. Korruption macht eben nicht an Ländergrenzen halt, deshalb müssen wir im Kampf gegen die Korruption auch länderübergreifend zusammenarbeiten", so Tschöpe. „Je engmaschiger wir das Netz knüpfen, desto unattraktiver wird das Verhältnis von Gewinn und Risiko für unredliche Gewerbetreibende und desto besser kann die so wichtige und notwendige Chancengleichheit im Wettbewerb wiederhergestellt werden."

Die Initiative wird derzeit vom grünen Koalitionspartner beraten. Tschöpe: „Ich hoffe, dass wir in dieser Frage so rasch wie möglich Einvernehmen erzielen und das Gesetz dann entsprechend geändert werden kann." (as) ■

SPD TRAUERT UM JOACHIM HAASE

Partei und Fraktion in Bremerhaven verlieren einen guten Freund und geschätzten Genossen

Von Martin Günthner

Mit großer Bestürzung und Fassungslosigkeit haben die Partei und die Stadtverordnetenfraktion die Nachricht des plötzlichen Todes von Joachim Haase aufgenommen. Joachim Haase ist in der Nacht zu Freitag, 31. Januar 2014, völlig unerwartet im Alter von nur 37 Jahren verstorben.

FOTO: SPD BREMEN

*** 15. März 1976 † 31. Januar 2014**

Seit seinem Eintritt in die SPD im Jahr 1998 hat Joachim Haase vielfältig Verantwortung übernommen: Nach vielen Jahren bei den Jusos übernahm er wichtige Aufgaben in der SPD, seit 1999 gehörte er der Stadtverordnetenfraktion an, die ihn 2011 zu ihrem Geschäftsführer wählte. Joachim Haase war neben etlichen anderen Funktionen von 2002 bis 2003 auch Mitglied im Landesvorstand sowie seit 2004 Mitglied im Bremerhavener Unterbezirksvorstand.

In der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven gehörte er in der aktuellen Wahlperiode als Sprecher der SPD-Fraktion dem Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung an und war seit zwei Wahlperioden auch Sprecher im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Darüber hinaus gehörte er dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie dem Bau- und Umweltausschuss an.

Der Tod von Joachim Haase bedeutet menschlich wie politisch einen schweren Verlust. Hier wurde ein Mensch mitten aus dem Leben gerissen. Wir betrauern einen guten Freund, der zugleich ein exzellenter Kommunalpolitiker war. Wir empfinden tiefen Schmerz über diesen großen Verlust. Unser aufrichtiges Mitgefühl und unsere herzliche Anteilnahme gelten seiner Familie. ■

DER MYTHOS VOM GOLDESEL DEUTSCHLAND

Von Joachim Schuster

Auch wenn wir es hier in Deutschland kaum spüren, viele Staaten in der Europäischen Union befinden sich in einer Krise. Irland, Griechenland, Spanien und Portugal mussten sich in den letzten Jahren unter den „Euro-Rettungsschirm" begeben und erhielten von den EU-Staaten verbürgte Milliardenkredite. Euroskeptische Stimmen wurden in der Folge immer lauter. In Deutschland gründete sich die „Alternative für Deutschland", die den Rückzug aus dem Euro zum Programm erhebt. Und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern besteht die Befürchtung, dass der deutsche Steuerzahler wieder mal Zahlmeister in Europa wird – hier werden zu Unrecht Ängste geschürt.

Zunächst: Ein Austritt eines oder mehrerer Länder aus der europäischen Währungsunion ist keine Lösung, sondern erzeugt erhebliche wirtschaftliche Nachteile. Nach einer Studie des Prognos-Institutes würde schon der Austritt des relativ kleinen Griechenlands Kosten in Höhe von rund 130 Mrd. Euro allein in Deutschland innerhalb von 2 Jahren erzeugen.

Zudem entspricht es nicht der Realität, dass Deutschland immense Summen in die EU einzahlt und dafür so gut wie nichts wieder bekommt. Deutschlands Nettobeitrag zur EU liegt bei etwa 6,5 Mrd. Euro jährlich. Die Wachstumsgewinne des europäischen Binnenmarktes liegen nach Berechnungen der EU-Kommission bei 0,6 bis 0,8 % des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Dies entspricht für Deutschland mindestens 15 bis 20 Mrd. Euro jährlich, die dem Nettobeitrag zur EU gegenüber stehen.

Die SPD fordert einen Politikwechsel in Europa. Statt der neoliberalen Austeritätspolitik wollen wir eine stärkere Wachstumspolitik, um die Krise zu überwinden. Wie geht das, ohne eine Transferunion zu bilden?

In einer Währungsunion fällt der Wechselkursmechanismus als Stabilisator zwischen sich unterschiedlich entwickelnden Volkswirtschaften aus. Ein Ausgleich findet dann über andere Mechanismen statt. Auf der monetären Ebene sind etwa unterschiedliche Inflationsraten und Zinssätze die Folge. Es gibt aber auch realwirtschaftliche Ausgleichsmechanismen, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit oder mehr Unternehmenszusammenbrüche. Diese Krisenphänomene treffen zusammen mit einer durch die Bankenkrise von 2008 überall drastisch gestiegenen Staatsverschuldung. Die von der EU – vor allem auf Druck der ehemaligen schwarz-gelben Bundesregierung – betriebene Krisenpolitik erklärt nun die Staatsverschuldung – eine Folge und nicht die Ursache der Krise – zum Hauptproblem und erzwingt ihre rasche Reduzierung. Das hat zwar eine monetäre Stabilisierung zur Folge. Gleichzeitig steigt aber die Arbeitslosigkeit drastisch. In Spanien und Griechenland sind inzwischen über 50 % der Jugendlichen arbeitslos.

FOTO: MPD01605 – CC BY-SA 4.0

Die Euro-Skulptur vor dem Sitz der EZB in Frankfurt am Main.

Die Politik der Konservativen führt somit direkt zu einer Verschärfung der sozialen Spaltung. Dem setzt die SPD eine Krisenpolitik entgegen, die auf nachhaltiges Wachstum setzt. Eckpunkte davon sind:

- Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland durch angemessene Lohnsteigerungen,
- Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und regenerative Energien.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen können herangezogen werden: a) die schon bestehenden Finanzmittel der EU, b) eine zeitlich gestreckte Reduzierung der Verschuldung sowie c) neue Einnahmen, etwa durch eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Diese Politik nützt nicht nur den Krisenstaaten, sondern dient auch der Beseitigung der sozialen Schieflage in Deutschland. ■

TERMINE:

EXKLUSIV FÜR FRAUEN:

FRAUENSALON „WEIBLICH, QUALIFIZIERT UND JUNG – UND SCHNELL WEG AUS BREMERHAVEN?"

DONNERSTAG, 13. MÄRZ 2014 19:00 UHR

Haventheater – piccolo teatro Bürgermeister Smidt-Str. 200 27568 Bremerhaven

MITGLIEDER-VERSAMMLUNGEN:

AG GESUNDHEIT

DONNERSTAG, 20. MÄRZ 2014, 18:30 UHR

Konsul-Hackfeld-Haus Birkenstraße 34 28195 Bremen

JUSOS

SAMSTAG, 29. MÄRZ 2014 11:00 UHR

Treffpunkt KWADRAT Wilhelm-Kaisen-Brücke 4 28199 Bremen

ASF

MITTWOCH, 2. APRIL 2014, 19:30 UHR

Konsul-Hackfeld-Haus Birkenstraße 34 28195 Bremen